

Erstchein
an allen Verlagen.

Bezugspreis monatl. Bloß
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50
auschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Gros.
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Hörnsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

mit illustrierter Beilage 30 Gr.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postcheckkonto für Polen
Nr. 200 283 in Posen.

mit illustrierter Beilage: "Die Zeit im Bild".

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezüger
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.Postcheckkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.Anzeigenpreis: Petitzise (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Nellamenteil 45 Groschen.
Sonderplatz 50% mehr. Nellamenteile (90 mm breit) 135 gr.

Das Wahlergebnis in Deutschland.

Die politische Woche.

Krafft in Paris. — Kommunistenaufstand in Revel. — Elsass-Lothringen in der Pariser Kammer. — Ägypten. Völkerbund, Deutschland.

Als Botschafter der russischen Sowjetrepublik ist Krafft in mit zahlreichem Gefolge in Paris eingetroffen und von den französischen Kommunisten stürmisch begrüßt worden. Trotz der schlechten Erfahrungen, die der Sozialist Mac Donald mit seinen sowjetischen Freunden machte, versucht sich jetzt der Liberale Herrriot mit der französisch-russischen Annäherung. Aber schon die Affaire des mit Krafft nach Paris zurückgekehrt Französischen Hauptmanns Sadoul, der vom französischen Kriegsgericht wegen Fahnenflucht und Beziehungen zum Feinde (Sowjetrußland) in contumaciam zum Tode verurteilt wurde und nun von der französischen Polizei verhaftet werden mußte, zeigt an, daß wo immer das amtliche Sowjetrußland auftaucht, sofort auch eine großangelegte Sowjetpropaganda einsetzt. Noch immer glaubt Sowjetrußland an die Wirkung seines weltrevolutionären Gutes, und notwendig hat sich seine Propaganda nach der Abkehr von der neuen Wirtschaftspolitik Lenins und der Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Kapitalbildung in Russland, auch nach dem Westen hin wiederum verstärkt.

In diesem Zusammenhang gewinnt der mißglückte Kommunistenaufstand in Revel, der schon lange mit Besorgnis erwartet wurde, erhöhte Bedeutung. Der Aufstand wurde niedergeschlagen, die Führer konnten im Flugzeug nach Russland entfliehen; von ihren Anhängern büßten viele mit dem sofortigen Tode. Aber die Gefahr bleibt! Denn es fragt sich, ob die baltischen Randstaaten der russischen Taktik auf die Dauer gewachsen sind, innerhalb deren der einzelne Putsch immer nur ein Mittel der Befreiung bedeutet; zumal die lettische wie die estnische Regierung durch ihre Politik gegen den staatlich zuverlässigen Teil der Bevölkerung, das baltische Denkthum, und insbesonders durch die ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftliche Zukunft des Staates durchgesetzten Agrarreformen die Stabilität der Verhältnisse auf das sicherste geschädigt haben. Eine wie starke Stütze im übrigen das Deutschtum im Osten den bolschewistischen Auflösungserscheinungen gegenüber sein kann, bewies das beispiellose Deutsche Deutchtum anlässlich der letzten sowjetrussischen Bedrohung, was der rumänische Staat wohl einzuschätzen wußte, ohne sich freilich irgendwie dankbar zu erzeigen.

Doch man in Polen die französisch-russischen Verständigungsversuche mit Bevorzugung verfolgt, ist selbstverständlich. Die polnischen Staatsleute wissen genau, daß das Schicksal Polens in erster und letzter Linie von der Haltung Russlands abhängt. Aber wenn sie immer wieder, neben dem Märchen von den gemeinsamen russisch-deutschen Flottenmanövern, phantastische Behauptungen von deutschen Rüstungen in die Welt setzen, wie soeben der Kriegsminister Sikorski, so offenbart sich darin auch die Erkenntnis der Unmöglichkeit einer raschen Befriedung.

In der Pariser Kammer erklärte der elsässische Abgeordnete und Professor an der Straßburger Universität Dr. Müller bei der Besprechung der Schulfragen, daß die elsässische Volkssprache ein deutscher Dialekt sei und dieser Tatsache Rechnung getragen werden müsse: „Jedes Volk hat ein Recht auf seine Sprache; es darf seiner Sprache nicht durch irgend ein Schulsystem beraubt werden. Für die Ausrottung einer Sprache dürfen nicht einmal nationale Gründe ins Feld geführt werden. Als wir unter der deutschen Herrschaft standen, gehörte ich zu denjenigen, die um das Recht auf Kenntnis der französischen Sprache gekämpft haben. Mit derselben Entschiedenheit verlange ich heute, daß die elsässische Jugend in ihrer Muttersprache, in der deutschen Sprache, unterrichtet werde!“ Die übrigen elsässisch-lothringischen Abgeordneten erhoben die gleiche Forderung — und Ministerpräsident Herrriot lehnte höchst persönlich die vorläufige „Respektierung des Regionalismus“ im Namen Frankreichs ab. Was er dann sagte, ist für die französische Einstellung so bezeichnend, daß es hier wörtlich wiedergegeben sei: „Es muß hierzu bemerkt werden, daß, wenn Deutschland durch die Jahrhunderte ohne Rücksicht auf seine Regierungen den bundesstaatlichen Charakter bewahrt hat, dies für Frankreich nicht der Fall war. Frankreich hat seine Kraft aus seiner Einheit geschöpft. Die verschiedenen Elemente sind so fest miteinander verschmolzen, daß man sie nicht mehr zu unterscheiden vermag. Die Sprache hat viel zur nationalen Einheit beigetragen. Welches auch unser Wunsch und Wille ist, Elsass-Lothringen weder in diesem noch in einem anderen Punkte zu belästigen, wird die Regierung fortfahren zu glauben, daß man den materiellen Kräften, die den Gebrauch der deutschen Sprache anstreben, die geistigen französischen Kräfte entgegenhalten muß. Es ist das liberale und beste Mittel für das Elsass, sein eigenes Genie sich auswirken zu lassen, das sich nie anders als im Rahmen des französischen Gemes wird auswirken können.“

Die voraussichtliche Zusammenstellung.

Die radikalen Parteien geschwächt. — Die Mitte gestärkt.

Die mit großer Schärfe geführte Wahlpropaganda erfuhr in den letzten beiden Tagen vor dem entscheidenden Wahlsonntag noch einen so scharf aufeinanderprallenden Zusammensatz, der das deutsche Volk in zwei große Parteien zu spalten schien. Auf der einen Seite ging der Kampf für Schwarz-weiß-rot, auf der anderen Seite für Schwarz-rot-gold. Die Entscheidung für die eine oder die andere Farbe wäre vielleicht das beste gewesen, denn dann wäre eine gerade Linie vorgezeichnet. Die Zerrissenheit des neuen Reichstages wird genau so groß sein, wie sie nach den Maiwahlen war. Die Mittelparteien ziehen etwas stärker in den Reichstag ein, die Radikalen haben ganz erheblich an die Mitte abgegeben müssen. Die meisten Stimmen hat die Sozialdemokratie erhalten. Das Ergebnis für den Reichstag bringt folgende Abgeordnetenmandate, die sich auf die einzelnen Parteien wie folgt verteilen:

Sozialdemokraten	127 (100)	+ 27
Deutschnational Volksp.	99 (96)	+ 3
Zentrum	67 (65)	+ 2
Kommunisten	44 (62)	- 18
Deutsche Volkspartei	49 (44)	+ 5
Nationalsozialisten (völkisch)	14 (32)	- 18(?)
Demokraten	31 (28)	+ 3
Bayr. Volkspartei	19 (16)	+ 3
Wirtschaftspartei und bayr. Bauernbund	16 (10)	+ 6
Landbund	8 (10)	- 2
Deutsch-Hannoveraner	4 (5)	- 1
Deutschsoziale	— (4)	- 4
		478 (472)

Es steht noch das Ergebnis von Liegnitz aus. Dort wurden im Mai gewählt: Sozialdemokraten 3 Abg., Deutschnationalen 3 Abg., Zentrum 1 Abg., Deutsche Volkspartei 1 Abg., Demokraten 1 Abg. Es ist anzunehmen, daß das Verhältnis so bestehen bleibt.

Es sei ausdrücklich betont, daß diese Berechnung eine vorläufige ist und daß die amtliche Zählungsveröffentlichung verschiedene Verschiebungen geringeren Wertes bringen kann. Zu hoch gegriffen ist wahrscheinlich die Mandatenzahl bei den Nationalsozialisten (Völkischen). Diese haben in verhältnismäßig wenigen Kreisen ein Mandat erzielt.

Die Elsass-Lothringer wissen jetzt, woran sie sind! Frankreich kann und will keine Rücksicht darauf nehmen, daß sie zum deutschen Volkstum gehören und deutsch sprechen und beten. Die Elsass-Lothringer sollen französisiert werden! Die elsässisch-lothringischen Abgeordneten aber traten mit solchem Nachdruck für die deutsche Sprache und das deutsche Volkstum Elsass-Lothringens ein, weil sie, die zumeist persönlich durchaus nationalfranzösisch eingestellt sind, in diesem Punkte der Interessenvertretung ihres Landes einfach nicht ausweichen könnten, wenn sie nicht jeden Einfluß in Elsass-Lothringen verlieren wollen.

Der Völkerbund hat sich im englisch-ägyptischen Konflikt bisher nicht gerührt; und der Konflikt wurde insofern erledigt, als Ägypten sich in jedem Punkte den englischen Forderungen und dem englischen Willen unterwarf. Darauf hinaus aber verbat sich die englische Regierung in einer an den Völkerbund gerichteten Note mit aller Energie jeden Versuch einer Einmischung in die ägyptischen Angelegenheiten als einer „unfreundlichen Handlungswweise“, mit dem freundlichen Hinweis, daß deren Regelung ausschließlich dem Gutdünken der englischen Regierung anheimgestellt sei.“ Der amerikanische Präsident Coolidge wiederholte in einer Botschaft an den Kongress, daß die Vereinigten Staaten sich nach wie vor nicht am Völkerbund beteiligen würden.

Eine ungenügend besuchte Versammlung.

Das Ergebnis der Sammlung für die „unbefreiten Gebiete“.

Im „Kurjer Poznański“ lesen wir den Bericht über das Ergebnis der Versammlungen und der Teilnahme der Bevölkerung Posens an dem Opferfest, der zu Gunsten der „unbefreiten Gebiete“ veranstaltet worden war. Der Bericht ist nicht so stotternd und hochfahrend, wie wir bisher im „Kurjer Poznański“ lesen konnten. ganz klein und häßlich sind die „heissen Herzen“ gewor-

Die Telegraphenunion veröffentlicht folgende Zusammenstellung der Stimmenziffern für ganz Deutschland:
7. Dezember (Mai)

Sozialisten	7 739 726	(6 014 380)
Deutschnational	6 073 392	(5 778 313)
Zentrum	4 054 231	(3 920 798)
Kommunisten	2 689 033	(3 746 671)
Deutsche Volkspartei	3 018 178	(2 640 484)
Demokraten	1 889 069	(1 657 957)
Nationalsozialisten	788 225	(1 924 553)
Bayrische Volkspartei	1 111 886	(956 649)
Wirtschaftspartei	910 652	(—)
Landliste	499 998	(574 280)
Welsen	258 861	(319 779)

In Potsdam ist der Wahlkampf in einer noch nie dagewesenen Heftigkeit geführt worden. Durch die Straßen führen Autos mit den neuen und den alten Reichsfarben. Besonders der Propagandadienst der Linksparteien war sehr gut organisiert, während die Rechtsparteien darauf weniger Wert gelegt zu haben scheinen. Nach einer anderen Meldung wird gesagt, daß die Rechtsparteien außerordentlich viel Fahrzeuge und Wagen zum Schlepperdienst gestellt haben. Die Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten sind gewachsen, ebenso die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Die ersten Parteien gewannen auf Kosten der Linken, die Rechten auf Kosten der Völkischen.

Die demokratische Partei, die im „Berliner Tageblatt“ das ausführliche Ergebnis veröffentlicht, glaubt mit 32 Mandaten gegen 28 im Mai in den neuen Reichstag einzuziehen zu können.

Die preußische Landtagswahl.

Zu gleicher Zeit fanden die Wahlen zum preußischen Landtag statt. Das Ergebnis wird nach Wolffs Telegraphenbureau wie folgt berechnet:

Sozialisten	116 (1921)	136 einschl. 28 Unabh.)
Deutschnational	111 (77) + 34
Zentrum	79 (79) unverändert
Kommunisten	47 (27) + 20
Deutsche Volkspartei	50 (57) + 7
Nationalsozialisten	12 (—) + 12
Demokraten	26 (26) unverändert
Wirtschaftspartei	10 (4) + 6
Welsen	5 (3) + 2
Poln. Partei	1 (1) unverändert

Es ist anzunehmen, daß infolge der Listenverbündung der Polnischen Volkspartei über ganz Preußen, dieser noch ein weiteres Mandat zu fallen wird. Ob die Polnische Volkspartei in den neuen Reichstag wird einzuziehen können, steht bis jetzt noch dahin.

den, die so von Unkenntnis und Unsachlichkeit überschäumen. Es heißt da:

„Am Sonntag um 12 Uhr mittags fand im Bestübl des ehemaligen Kolonialamtes eine Versammlung des Komitees „Opferfest für die Polen in Deutschland“ statt.

Die Versammlung eröffnete Herr Professor Callier. Der ehrenwürdige Veteran aus dem Jahre 68, wies auf die Notwendigkeit der Kenntnisnahme von dem Leben unserer Landsleute hin, welche unter der deutschen Herrschaft geblieben sind, und die Notwendigkeit, ihnen in ihren Anstrengungen zur Erhaltung des nationalen Geistes und der heimischen Kultur zu Hilfe zu eilen. Referat ein Bild von dem Aufstand der „Unbefreiten Gebiete“, wies auf das feindliche und schlaue Manöver der Deutschen in der Plebisizität in Ermland, Masurien und Schlesien hin. Mit überzeugender Beweiskraft führte der Redner aus, daß unsere Mitarbeit an der Erhaltung des nationalen Geistes unserer, jenseits der Westgrenze wohnenden Brüder eine staatliche Notwendigkeit ist.

Den Inhalt des Referats der Frau Sophie Rzepecki bilde die Grinnerung der Versammelten an die Zeit der deutschen Bedrückung und besonders die Vergangenheitswürdigung des Glücks, welches der Besitz der Freiheit bedeutet. Die Rednerin führte mit weinen Herzen aus, daß die Allgemeinheit dieses Gut nicht in seiner ganzen Größe würdig ist, wie es die Freiheit ist, daß es zu sehr der Niebergeschlagenheit unterliegt, welche die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten hervorruft. Indessen, es machen auch andere Länder, welche vor dem Kriege unter viel glücklicheren Bedingungen lebten als wir, diese Wirtschaftskrise durch. Wir Freien, wir Glücklichen dürfen uns unter fremder Herrschaft lebenden Landsleute nicht vergessen, sondern es ruht uns die Pflicht, es ihnen wenigstens durch eine kleine Gabe die Erhaltung und Förderung der heimischen Kultur zu ermöglichen, denn, wenn auch durch Grenzen von uns getrennt, sind sie unsere Brüder. Blut von unserem Blut und Fleisch von unserem Fleisch.“

Herr Korzeniewski sprach sein Bedauern über die ungenügend zahlreiche Teilnahme an der Versammlung aus und verglich unsere bescheidenen Rundgebungen mit den Manifestationen der Deutschen zu gunsten ihrer in Polen wohnenden Landsleute. Dort nehmen Staatsbehörden teil, spricht der Reichspräsident — bei uns versammelt sich nur eine Handvoll heim empfindender

Rede des Abgeordneten Utta zum Nachtragsbudget des Unterrichtsministeriums für das Jahr 1924, gehalten am 4. Dezember 1924.

Hoher Sejm! Wieder wendet sich die Regierung an uns wegen Bewilligung neuer Kredite für das laufende Jahr in Höhe von 123 148 373 złoty. Davon entfallen auf das Ministerium für Kultus und Unterricht 3 467 839 złoty. Obgleich die Allgemeinheit unter den ungeheuren Steuerlasten schwer zu leiden hat und jede neue Belastung unabsehbare Folgen nach sich ziehen kann, würden wir dennoch für eine Bewilligung neuer Kredite zu Bildungszwecken gern stimmen. Leider muß ich von dieser hohen Stelle feststellen, daß sich die Leitung des Unterrichtsministeriums in Händen von Leuten befindet, die ihrer hohen Aufgabe nicht gewachsen sind, und die der Volksbildung im allgemeinen abgeneigt gegenüberstehen, sich aber dem Schulverwalter der Minderheiten gegenüber besonders feindlich verhalten. Solche Leitung des Ministeriums für Kultus und Unterricht gestattet uns nicht, unsere Stimme für die Bewilligung neuer Kredite rubig abzugeben, obgleich wir zu jeder Zeit bereit sind, mit allen Mitteln die Verbreitung der Bildung unter dem Volke zu fördern.

Schon bei der Durchsicht der Kredite für religiöse Bekennnisse fällt uns die ungleichmäßige Behandlung dieser Bekennnisse auf.

Während die katholische Geistlichkeit ganz bedeutende vom Konzil der Bischöfe festgesetzte Gehälter bezieht, erhalten die evangelischen Geistlichen nur eine Entschädigung als Bivilstandesbeamten, und zwar ist dieselbe so gering, daß sie nicht einmal zum Ankau von Büchern und Schreibmaterialien zur Führung dieses Amtes ausreicht.

Die wichtigsten Angelegenheiten der evangelischen Kirche behandelt das Ministerium mit einer gewissen Leichtfertigkeit und Abneigung. Um für meine Behauptung einen Beweis zu liefern, will ich nur anführen, daß vor ungefähr zwei Jahren dem Ministerium ein von der Synode der evang.-aug. Kirche ausgearbeiteter Gesetzentwurf über das Verhältnis der Kirche zum Staat zur Weiterleitung an die gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt wurde, und bis heute ist dieser Entwurf nicht zur Verhandlung gelangt.

Hunderte von evangelischen Kindern wurden durch Schaffung eines künstlichen Schulnebes unter die katholischen Schulen zerstreut und erhalten hier im Gegensatz zu Art. 120 der Konstitution einen evangelischen Unterricht. Alle Bemühungen der interessierten Beteiligung und der Kirchenbehörde bleiben immer ohne Erfolg.

Wir haben zwar an der Warschauer Universität eine Fakultät der evangelischen Theologie. Diese Fakultät entspricht aber nicht im geringsten den Bedürfnissen unserer evangelischen Gemeinde. Während die evangelischen Gemeinden zu 90 Prozent und mehr aus Bürgern deutscher Zunge bestehen, findet in der genannten Fakultät kein einziger Vortrag in deutscher Sprache statt. Daher sind die deutschen Gemeinden gezwungen, für einen Nachwuchs ihrer Geistlichen selbst zu sorgen, indem sie die zukünftigen Geistlichen in ausländischen Hochschulen unterbringen müssen. Auch hier macht das Ministerium bei der Erteilung einer Ausreisegenehmigung die größten Schwierigkeiten.

Am schmerzlichsten für uns ist jedoch folgende Angelegenheit: Die in den vergangenen Jahren in der evangelischen Kirche geschlossenen gemischten Ehen und die durch die Geistlichen dieser Kirche aufgenommenen Standesakten werden auf Grund einer päpstlichen Enzyklie, die doch die bestehenden staatlichen Bivilgesetze nicht aufheben kann, aufgelöst, wodurch langjährige treue Ehefrauen und Männer als Kontubinen erlässt werden. In dieser Angelegenheit wurden schon von verschiedenen Seiten die energischsten Vorstellungen beim Ministerium gemacht, jedoch ohne jeden Erfolg. Das Ministerium zeigt keine Lust und keinen Mut, hier ein entscheidendes Wort zu sagen. Diese Unentschlossenheit des Ministeriums hat einen Zustand heraufgeschworen, den man mit einer vollständigen Anarchie vergleichen könnte. Dieser Zustand ist für uns Evangelische unerträglich, und wir müssen dagegen ganz energisch Einspruch erheben.

Wir wissen, wie es den Polen in Deutschland geht. Wir brauchen uns auch nur die Minderheitenpresse in Deutschland anzusehen (klassisches Beispiel die "Gazeta Olsztyńska") und sie mit der deutschen Presse in Polen zu vergleichen. Und wir brauchen uns nur zu vergegenwärtigen, wie Herr Dr. Krull und die Redakteure in Dirschau bestraft worden sind, und wie es den polnischen Kollegen in Deutschland geht.

Das liegt, wie gesagt, alles klar da. Die Arbeit des Polenbundes in Deutschland, die vorwärts schreitet — und der Deutschtumsbund in Polen, der geschlossen wurde, obwohl bis heute nichts nachgewiesen werden konnte, obwohl der Deutschtumsbund lediglich eine Vereinigung war, die der deutschen Minderheit gesetzlich ansteht. Schon diese beiden Tatsachen allein zeigen uns den Unterschied zwischen hier und dort. Darum sollten sich die mit bewegten Herzen sprechenden Redner erst einmal an die eigene Brust schlagen und nicht von Dingen reden, die sie nicht kennen.

Republik Polen.

Haushaltsvoranschlag.

Der Haushaltsvoranschlag für Dezember schließt in den Ausgaben mit einer Summe von 178,3 Millionen złoty, in den Einnahmen mit einer Summe von 176,5 złoty ab, sieht also einen Überschuss von mehr als 8 Millionen złoty vor. In den Ausgaben bilden den größten Prozentsatz, wie gewöhnlich, die Personalausgaben, die in der Verwaltung 61,7 złoty betragen. Eine beträchtliche Summe stellen jedoch auch die Investitionsausgaben dar. Sie summen mit 49,9 Millionen złoty. In den Ausgaben des Finanzministeriums beläuft sich die Auszahlung von Emerituren und Invalidenrenten auf ungefähr 10 Millionen złoty, während die Organisationskosten des Spiritusmonopols mit 4,5 Millionen złoty veranschlagt sind. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium erhält im Dezember für die Ausgaben 8,7 Millionen złoty, wovon für den Arbeitslosenfonds mehr als 2 Millionen präsumiert sind. Die direkten Steuern sollen 71,7 Millionen złoty bringen, wobei die Gewerbesteuer mit 25 Millionen, die Einkommensteuer mit 16,5 Millionen und die Vermögenssteuer mit 20 Millionen veranschlagt sind. Die Einnahmen aus den indirekten Steuern sollen 28,1 Millionen złoty betragen, wobei 14 Millionen auf die Spiritusazisse und 8 Millionen auf die Rückerlöse entfallen. Die Einnahme aus den Sätzen ist mit 20 Millionen präsumiert. Das Tabakmonopol soll nur 14 Millionen złoty bringen, während im Oktober aus dieser Steuerquelle 15,8 Millionen złoty erzielt wurden.

Ein Kriegerdenkmal.

Der "Kurier Czerwonny" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Armeeminister General Sikorski über den Bau eines Kriegerdenkmals. Minister Sikorski erklärte, daß das Kriegsministerium sich schon seit langem mit dieser Frage beschäftigt. Es befreiten mehrere Projekte. Das eine sieht einen Gedenk-Hügel beim Zusammenfluß der Narwa mit dem Bug vor. Das zweite Projekt läßt sich unabhängig vom ersten durchführen und sieht den Bau eines Mausoleums in Warschau ins Auge.

Der tiefe Glaube.

In der Warschauer Universität begann am Sonntag eine Reihe von Völkerbundsvorlesungen mit einem Vortrag des Prof. Dr. Bialski über das Thema "Die Genesis des Völkerbundes". Dem Vortrage ging eine längere Ansprache des Ministers Skrzynski voraus. Seine Rede, die erfüllt war von tiefem Glauben an den endgültigen Sieg der Ideale, wurde begeistert aufgenommen.

Von der Bank Polski.

Der Chefdirektor der Bank Polski, Dr. Wladyslaw Mieczkowski, und der Direktor der Valutabteilung dieser Bank, Dr. Bogumił Karpinski, sind von der Auslandsreise, die sie im

Kongresspolen fast alle Lehrer, die noch die vollen Qualifikationen nicht besitzen, entlassen, obgleich sie nach den bestehenden Gesetzen das Recht hatten, bis Ende Januar 1925 im Amte zu verbleiben. Daß die Reduktion nur ein Deckmantel war, beweist die Tatsache, daß eine ganze Reihe von Schulen mit vollen anerkannten Einstellungen besteht ist und Hunderte von deutschen Kindern ohne Unterricht verbleiben. Die Ausbildung deutscher Lehrer wird durch verschiedene Schikanen gehindert, ihre Zeugnisse werden nicht anerkannt, die deutschen Lehrer werden in Schulen mit polnischer Unterrichtssprache angestellt, und ihre Gesuche um Versetzung in eine deutsche Schule werden nicht berücksichtigt, um auf diese Weise die deutschen Schulen ohne Lehrer zu lassen.

Kein Wunder daß der Zustand, der durch die Sparmaßnahmen des Herrn Mielaszewski entstanden ist, auf dem Lande große Erbitterung hervorgerufen hat. Die Erbitterung ist so weit gegangen, daß man heute im Volke das Missfallen des Herrn Mielaszewski als Ministerium der Verfinsternung (Ministerium Ciemno) bezeichnet.

Die Bürger deutscher Nationalität finden heute kein Recht und keine Gerechtigkeit in den dem Herrn Mielaszewski unterstellten Amtsstellen. In welchem Maße die Durchsetzung dieses Zustandes auf den ganzen Verwaltungsaufbau dieses Ministeriums demoralisierend einwirkt, will ich in folgendem Beispiel schildern:

Am Anfang des laufenden Schuljahres wurde in Łódź eine der intelligentesten und fähigsten Schulleiterinnen auf den Posten einer Lehrerin degradiert. Da diese Angelegenheit unter den Lehrern und in der Gesellschaft große Erbitterung hervorgerufen hat, wurde ich um Intervention bei der höheren Schulbehörde ersucht. Bei näherer Prüfung der Angelegenheit hat sich erwiesen, daß eine der Lehrerinnen dieser Schule sich besonderer Misslizenzen füllt und verhindert. Sie hat ihre Pflicht leiderlich erfüllt, verspätete sich oft zu den Unterrichtsstunden, hat sogar viele Stunden ausgelassen, wobei sie sich oft damit entschuldigte, daß sie beim Herrn Inspektor sein müsse. Trotzdem eine Verordnung besteht, daß die Lehrer ihre Angelegenheiten durch die Leitung der Schule erledigen sollen, hat sie sich immer persönlich an den Inspektor gewandt. Alle Berichte der Schulleiterin über die Vergehen der Lehrerin wurden von der Inspektion nicht beachtet. Dagegen ließ sich die Lehrerin der Schulleiterin gegenüber in Drohungen aus, daß sie herausfliegen werde, sofern sie das Einsenden dieser Berichte nicht unterläßt. Ein für die Schule durchaus nötiges Zimmer mußte, entgegen dem Willen der Leiterin und der Schulvormünder, dieser Lehrerin auf Anordnung des Inspektors als Wohnung abgegeben werden. Sie erhielt auch sehr oft Urlaube und Vorschüsse auf Konto ihres Gehaltes. Ihre Drohungen sind in Erfüllung gegangen: Die Leiterin wurde degradiert, sie aber verblieb triumphierend in ihrem Amt und hat es sogar so weit gebracht, daß sie, anstatt in der Klasse zu unterrichten, in der Schulanzei mit dem neuen Schulleiter in unzulässigen Verhältnissen die Stunden verbrachte. Zu meinem großen Erstaunen mußte ich mich im Schulinspektorium überzeugen, daß der Schulinspektor, um seine Handlungsweise zu rechtfertigen, die Schulleiterin und eine Lehrerin, die das unzulässige Verhalten ihrer Kollegin und des Schulleiters der Behörde gewußt hat und dafür in ihrer Tätigkeit eingestellt wurde, einfach als Deutsche und den neuen Leiter und die pflichtvergessene Lehrerin als "polnisch gefüllt" bezeichnet hat. Das genügte, um das Kuratorium zu überzeugen, daß der Inspektor recht gehandelt hat. Es hat den Standpunkt des Inspektors gutgeheißen und sogar angeordnet, daß die das Wohl der Schule verteidigenden Eltern zur Verantwortung gezogen werden.

Dieser Fall zeigt uns so recht anschaulich, wie verderblich die unfreundliche Einstellung den Minderheiten gegenüber auf die Verhältnisse im gesamten Schulwesen unseres Staates einwirken kann. Kein Wunder, daß die Łódzer Presse aller Richtungen und der Stadtrat die Tätigkeit der Schulinspektion einer scharfen Kritik unterziehen. Das Ministerium aber schweigt. Das geschieht in Łódź unter den Augen des Kuratoriums, was mag da jetzt in der Provinz vorkommen?

Aus alledem, was ich gesagt habe, ist klar zu erkennen, daß eine nachsichtige Behandlung der Rechtsbrüche und Ausschreitungen den Minderheitsschulen gegenüber zu einer allgemeinen Demoralisation und Anarchie in der Schulverwaltung führen kann, unter der wir alle schwer zu leben haben werden.

Aus der heutigen schwierigen Situation sehen wir nur einen Ausweg: die Übernahme des deutschen Schulwesens in Polen in die Hände der interessierten Bevölkerung, was im Artikel 109 unserer Konstitution vorgesehen ist, d. h. Schaffung einer kulturellen Autonomie für die Minderheit. Das würde dem Ministerium die Erfüllung seiner schwierigen Aufgabe erleichtern, und aber die Pflege unserer Sprache und völkischen Eigenart gemäß den Bestimmungen unserer Konstitution ermöglichen.

Zum Herrn Minister Mielaszewski können wir, wie aus meinen Ausschreibungen hervorgeht, kein Vertrauen besitzen, daher werden wir für den bereits eingebrachten Misstrauensantrag stimmen.

eine unabhängige Aktion, indem sie ein 18. Gehalt und Ausgleichung des Einkommens an die der Warschauer Straßenbahner verlangen. Das Protokoll über die Annahme des Schiedspruchs wurde am Sonnabend nachmittag beim Arbeitsinspektor unterzeichnet. In der unterzeichneten Erklärung heißt es: "Gemäß Beschuß der Versammlung der Berufsverbände teilen wir mit, daß wir den Schiedspruch in der von der Regierung vorgelegten Form annehmen und erklären, daß wir uns dem Schiedspruch unbedingt unterordnen werden. Zugleich geben wir bekannt, daß die Arbeitsaufnahme angeordnet wurde." Heute, am Dienstag, nehmen die Textilfabriken ihren Betrieb wieder auf. Spätestens bis Mittwoch sollen die Arbeiterverbände ihre drei Delegierten zur Schiedskommission bestimmen. Am Mittwoch findet die erste Sitzung dieser Kommission im Arbeitsinspektorat in Łódź statt. Es ist mit Zufriedenheit festzustellen, daß sich ein so drohender Konflikt, der mehr als 100 000 Arbeiter betrifft, im Stadium der Liquidierung befindet.

Bon den Piasten.

Der Kongress der Piastenpartei endete am Montag mit einer Reihe von Beschlüssen, von denen die wichtigsten die Änderung der Wahlordnung und der Verfassung betreffen. Die Piastenpartei verlangt unter anderem Herausziehung der Zahl der Abgeordneten auf 300, Einführung zweimandatiger Bezirke — und die Bestimmung, daß von der Staatsliste nur ein Bruchteil der Gesamtzahl der Abgeordneten gewählt werden könnte und die Wähler ihre Stimme auf Namen, und nicht auf Nummer abgeben sollen. Die Änderung der Verfassung soll in der Richtung der Erweiterung der Gewalt des Staatspräsidenten verlaufen, dieser soll das Recht haben, den Sejm aufzulösen. Ferner soll ihm das Recht der Erteilung gesetzgebender und obligatorischer Initiative an den Senat zugeschenkt. Hinsichtlich der Grenzmarkenpolitik stellt die Piastenpartei die Forderung auf, daß der Sejm diejenigen Abgeordneten ausliefern solle, deren staatsfeindliche Tätigkeit festgestellt wurde.

Sowjetbanden.

In den Wältern des Kreises Niegowiz sind Sowjetbanden festgenommen worden. Der Anführer der Bande, ein gewisser Komorowski, ist seinen erlittenen Wunden erlegen. Er trug eine Bluse mit Sowjetabzeichen auf der linken Achsel.

einem Raum 60 Kinder, die sechs bis acht verschiedenen Klassen angehören, unterrichtet. Diese Einschränkungen müssen vorgenommen werden, weil die Anforderungen an bessere Räume, Lehrmittel und Gehälter von Jahr zu Jahr steigen.

Zu erwähnen ist ferner noch, dass für Schüler, die kein Hochschulstudium im Auge haben, der Elternverband eine *zachschule* mit zweijährigem Kursus in Riga eröffnet hat. Sie zerfällt in eine kaufmännische und in eine technische Abteilung. Ferner besteht noch eine Mädchenfachschule in Riga, eine Fachschule im Libau und Fachschulklassen an der Reimerischen Privatmädchenchule. Für die im Verfusleben stehenden jungen Leute bestehen in Riga, Mitau, Libau und Goldingen abendliche Fortbildungskurse. Außerdem besteht in Riga ein pädagogisches Institut, das der deutschen Schule, besonders der Grundschule, ein theoretisch und praktisch durchgebildetes Lehrpersonal liefern soll. In einigen Städten gibt es private Kindergärten und Fröbelkurse. Doch damit ist die Fürsorge der deutschbaltischen Gesellschaft Lettlands für das Schulwesen noch nicht erschöpft. Für die schwäbischen Schüler bestehen Ferienheime. Auch tun sich die Elternversammlungen der einzelnen Schulen zusammen und besteuern sich zum Wohle der unterprivilegierten und armen Kinder. Diese Selbstbesteuerung ergab im Jahre 1923 neben der großen Sparsammlung die stattliche Summe von 2,5 Millionen Rubel.

Die rechte Beleuchtung erhalten die hier angeführten Tatsachen erst dann, wenn man sich gegenwärtigt, dass die deutschbaltische Gesellschaft Lettlands neben den Kosten für das Schulwesen etwa drei Millionen Rubel jährlich zu Fürsorgezwecken aufbringen und dass alle diese Summen von nicht mehr als 60 000 Deutschbalten zusammengebracht werden müssen. Das verhindert um so mehr Beachtung, als der baltische Adel infolge der entschädigungslosen Enteignung der Rittergüter vollständig verarmt, daß der Mittelstand während des Krieges durchbare materielle Einbußen erlitten hat und sich daher gezwungen sieht, die Alten und Hilfslosen, die früher in zahlreichen, guttiterierten Asylen, die während des Krieges ihre oft sehr beträchtlichen Kapitalien verloren haben, versorgt wurden, auf seine Posten zu unterstützen, und daß die Erwerbsverhältnisse auch insfern sehr schwierig sind, als die Staats- und Kommunalposten fast ausschließlich mit nationalen Letten besetzt werden."

Der Haarmann-Prozeß.

2. Tag.

Gegen 11½ Uhr wird die Öffentlichkeit wiederhergestellt. Der Vorsitzende fragt den Angeklagten noch zum Falle Rothe, ob er sich dieses ersten Opfers noch bestimmt erinnert. Haarmann behauptet, es nicht zu wissen; es wird ihm daraufhin noch einmal das Bild gezeigt, das er durch seine Brille betrachtet und dann schließlich sagt: „Ja, es wird wohl stimmen“. Dem Haarmann wird inzwischen das Bild des verschwundenen Franke vorgezeigt; er sieht es lange an, ohne sich erinnern zu können; er selbst will ihn nicht wiedererkennen. Auch Grans erkennt ihn nach der Photographie nicht wieder. Der Vorsitzende stellt fest, daß Franke seit dem 12. Februar 1923 vermisst wird.

Die Mitschuld Grans.

Vorsitzender: Grinnen Sie sich also nicht, daß Sie die beiden jemals tot in ihren Betten haben liegen sehen?

Angeklagter: Das weiß ich nicht. Ich rüste mich nach dem, was die sagen, denn ich würde nicht, warum die liegen sollten.

Staatsanwalt: Der Angeklagte muß sich aber doch des Falles Franke noch erinnern, weil Grans doch wiederholte in der Nacht, als Haarmann die Leiche zerstüdtelte, ans Fenster klopfte.

Haarmann: Ach was, Grans hatte das Zeug von den Leichen verkauft, und da musste er dabei gehen, sie fortzutragen. Er klopfte ans Fenster, fragte, ob die Luft rein wäre. Er kann doch das nicht sehen, er wird dann ohnmächtig. Grans hatte ja die Schlüssel zu meinem Zimmer, aber wenn dann das passiert war, klopfte er ans Fenster.

Vorsitzender: Woher wußte er denn, daß was passiert war?

Haarmann: Na, er sah und hörte doch alles.

Vorsitzender: Hatte er auch die Schlüssel zum Wandsschrank?

Haarmann: Er hatte doch Augen. Wenn ich eine Leiche da liegen hatte und ich heulte und weinte, da ekelte er sich und fragte dann immer, wann die Luft rein wäre.

Vorsitzender: Demnach muß Grans also doch mehr Leichen gesehen haben?

Der Angeklagte Grans bestreitet, irgend etwas gesehen zu haben.

Haarmann: Grans soll doch nun sagen, wie gemein er

beiden haben oft, wie die besten Akrobaten, an Weinranken Akrobatikstüde vollbrachten, wenn es galt, durch ein offenes Fenster in eine Wohnung einzudringen.

Für die hiesige Kriminalpolizei ist die Verhaftung dieser Einbrecher das beste Zeugnis, daß sie unermüdlich tätig ist, und das Eigentum der Bürger bewacht.

Die nächste Stadtverordnetensitzung findet am Mittwoch dieser Woche zu gewohnter Stunde statt. Auf der Tagesordnung stehen 7 Punkte, darunter befindet sich die Beschlüsse von Zusatzkrediten für das Budget 1924.

Die Eisenbahnbrücke ist seit Sonnabend mittag für den Verkehr frei. Als Andenken verbleibt, daß die Linie 4, die nur provisorisch über die Theaterbrücke geleitet wurde, dauernd so geleitet werden wird.

Im Gegensatz zu der Nellamemarkte „Na Starb“, über die wir in Nr. 279 schrieben, wird zu Gunsten des Staats eine wirkliche Opfer-Briefmarke erscheinen und hoffentlich weiteste Verbreitung finden. Diese neue Briefmarke werden lautem über 1, 2, 3, 5, 10, 15, 20, 25, 30, 40 und 50 Groschen mit dem Aufdruck 50. Das ist zu verstehen: Wer eine Marke über 1 Groschen kauft, muß 51 Groschen dafür zahlen, eine 2 Groschenmarke kostet 52 Groschen usw. Der 1 oder 2 usw. Groschen fließen in die Postfalle, die 50 Groschen aber in den Taxischaufel. Beim Kauf wird kein Zwang geübt; es steht jedem frei, diese neue Opfer-Marke zu kaufen oder die gewöhnliche. Im geschäftlichen Verkehr werden diese Opfermarken wahrscheinlich nur wenig Anwendung finden, dagegen zu Gratulationszwecken um so mehr. Der bisherige Tarif zu Postzwecken gilt selbstverständlich nach wie vor. Abweichungen hiervon unterliegen dem üblichen Strafsozia, auch bei Verwendung der Opfermarke.

Berichtigung der Direktion der Posener Landschaft. In der Aufforderung der Posener Landschaft, von der wir in Nr. 282 im Handelsteil berichteten, handelt es sich um Zahlung der Zinsen für das 2. Halbjahr 1924 (und nicht 1923).

Ein Weihnachtsgeschenk? Wie erinnerlich, hat der Herr Wojewode Anfang dieses Jahres eine Verfügung erlassen, wonach alle in deutscher Sprache abgeschaffte Schriftstücke an die verschiedenen Ämter unberücksichtigt bleiben sollen. Die Verfügung war hart, am härtesten aber traf sie alte Rentenempfänger, die vielfach nicht einmal deutlich, gleichzeitig denn in polnischer Sprache Schriftstücke abschaffen können. Man war bemüht, an maßgebender Stelle wenigstens eine Milderung der gedachten Verfügung zu erwirken, von einem Erfolg war nichts zu hören. Jetzt verlautet, daß quasi als Weihnachtsgeschenk, doch eine Milderung insoweit eintritt soll, als Anträge in Rentenfällen, die deutsch, aber von den Antragstellern selbst geschrieben sind, gleicherweise erledigt werden sollen wie polnisch geschriebene, ohne Rücksicht darauf, ob Antragsteller polnischer oder deutscher Staatsangehöriger ist. Sollte sich das Gericht bewahren, dann gebührt dem Herrn Wojewoden Dank. Die alten Rentenempfänger könnten dann wieder mit der Überzeugung Krajowa (früher Alters- und Invaliditätsversicherungsanstalt) so verfehlten, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist, nämlich deutsch.

Vom Wetter. Das Thermometer zeigte am 7. Dezember früh 6 Uhr 3 Grad, am 8. Dezember 1 Grad Wärme und am 9. Dezember stand es auf Null. Am 7. und 8. war das Wetter naßkaltes und stark nebelig; heute, am 9., ist es trocken und klar.

Firmenänderung. Die Firma Dirschauer Zeitung, Sp. a o. por. por. w. Dirschau, lautet jetzt: Helios, Sp. a o. por. w. Dirschau.

In der gestrigen Aufführung der Vereine und Veranstaltungen wurde irrtümlich geschrieben, daß auch Donnerstag nachmittag ein Dienstagmittag die Ausstellung verschönern würde. Der Hilfsverein deutscher Frauen gibt hiermit bekannt, daß nur am ersten Tage, am Mittwoch, dem 10., ein Dienstagmittag mit musikalischen Darbietungen stattfindet. Eintrittspreis hierfür inklusive Ausstellung 2.00 Złoty zugleich Steuer. Am Donnerstag ist nur Ausstellung. Eintrittspreis 1.00 Złoty zugleich Steuer, und diese wird früh um 9 Uhr geöffnet sein. Noch einmal bittet der Hilfsverein alle in Stadt und Land, die Ausstellung zu besuchen und ihr zu einem vollen Erfolg zu verhelfen.

Entzogen hat sich am gestrigen Feiertag ein Angestellter der Ceglesischen Fabrik in Wilna. Er kam angetrunken nach Hause, worüber ihm die Frau Vorwürfe machte. Wie das jetzt so üblich, zog er einen Revolver mit zwei Kugeln und sagte: Eine für dich, eine für mich. Die Frau floh schreiend, während der Mann sich in die rechte Schäfte schob und sofort tot war.

Feuer. In der ul. Strzelacka 82 brach durch Unvorsichtigkeit eines Feuers aus, das nach kurzer Zeit gelöscht wurde. — Am Hauptbahnhof brach in der Zollabfertigung auf unbekannte Weise Feuer aus, in dem die Diele des Raumes weitwärts eines öfens Feuer gefangen hatte. Glücklicherweise wurde das Feuer von Beamten sofort bemerkt, welche die Feuerwehr alarmierten. Dieser gelang es nach zweistündigen Bemühungen, den Brand zu löschen. — Die städtische Feuerwehr wurde am Sonntag nach der ulica Zwierzyniecka 14 gerufen, wo durch Unvorsichtigkeit mit einem

zahltreide Dingerzeige für Auffassung und Vortrag. Alles wird an der Hand ungähnlicher Rotenbeispiele erläutert. Kurz, das einzige Buch wird jedem, der zu Beethovens Kunst in ein innigeres Verhältnis treten will, von großem Nutzen sein, und die Freude an Beethovens Kunstwerken steigern.

Vereinigter Mußkalender Hesse — Stern, 47. Jahrgang 1925, 8 Bände ca. 1800 Seiten, Preis 4.50. Mag. Hesses Verlag, Berlin W. 15.

Rechtzeitig ist der neue Jahrgang des bewährten Handbuches der musikalischen Welt inhaltlich wesentlich verbessert und vermehrt erschienen. Das Taschenbuch enthält wiederum ein vollständiges Tageskalendarium bis 31. 12. 1925 auf gutem Schreibpapier. Die Lebensdaten berühmter Musiker werden ebenso wie die Aufführungspläne für Chor und Orchester jedem Dirigenten die großen und guten Menschen. Nicht die Söhne der Millionäre und des Adels gaben der Welt ihre Lehrer, ihre Märtyrer, ihre Erfinder, ihre Staatsmänner und selbst ihre großen Geschäftsmänner. Kaum einer trägt einen unsterblichen Namen, der nicht genährt und unterrichtet wäre in der die Kräfte anspornenden Schule der Arbeit. Nichts ist so entnervend, so schädlich in seinen Einwirkungen auf Geist und Herz als ererbter Reichtum. Für jeden jungen Mann, der nicht gezwungen ist, sein Brot selbst zu verdienen, fühle ich nur tiefe Mitleid. Nicht den armen jungen Mann, der von morgens früh bis abends spät arbeitet, müssen wir bemitleiden, sondern den Sohn des reichen Mannes, der nichts au tun hat.

Von allen Seiten tönt der Ruf: Schafft die Armut aus der Welt. Glücklicherweise ist das unmöglich; wir werden immer Arme unter uns haben. Was wäre der Welt los, wenn sie von den Reichen allein abhängig wäre? Alles Gute und alles Große würde aufhören, und die menschliche Gesellschaft würde in die Barbarei zurückfallen.“

Befannlich hat Carnegie als armer Junge mit drei Mark Wochenoohn in einer Baumwollfabrik begonnen und sich dann zu einem Etageneinkommen von 180 000 Mark emporgearbeitet.

Neue Bücher.

„Analyse von Beethovens Violinsonaten“ von Dr. J. S. Beetz, 8°, 412 Seiten, Preis in Habsleinern gebunden 5.50 M. Mag. Hesses Verlag, Berlin W. 15.

Eindlich ein Führer durch Beethovens Kunstwerke, der sich nicht in aestheticierenden Beschreibungen ergeht, mit denen Spieler und Hörer nichts anzufangen wissen, sondern der diese meist gespielten Werke der Violinliteratur, das Hauptwerk aller Haus- und Kammermusizipien systematisch erläutert. Mit seinem Gespül und sicherer Meisterschaft werden die einzelnen Sonaten bis ins Kleinstzergliedert, so daß wir staunend die Pracht und erhabene Größe Beethovener Kunst bewundern. Aber nicht nur bewundern, sondern auch erstehen lernen. Die einzelnen Themen werden herausgeschlagen, die Struktur der Sätze systematisch aufgedeckt. Ferner gibt Beetz, der als langjähriger Lehrer dazu berufen ist,

Eugenie Arlt
św. Marcin 13 I
Wäsche nach Maß

Goldwaren und Juwelen!

Anfertigung aller Arten Juwelen, seiner Gold- und Silberarbeiten. Erstklassige Ausführung aller Fach-Neuheiten, Fassungen, Gravierungen, Monogramme usw., sowie aller vorkommenden Reparaturen.

M. Feist, Goldschmiedemeister,
Poznań, ul. 27. Grudnia 5 I Hof.

2 Eigenhäuser in Rostock i. M.,

in der Nähe des Hauptbahnhofes, in solidier Friedenausführung, mit je einer 5- und einer 3-Zimmerwohnung, ohne Genehmigung beziehbar zu verkaufen.

Sonnige Zimmer, modernes Nebengeläuf, Autogarage und schöner Garten.

K. Günther
Hoch- und Tiefbauunternehmung
Gegr. 1908. Rostock i. M. Tel. 1503.
Am Schwibogen Nr. 6.

Deutsche in Polen

finden Sie nirgends so zahlreich und dicht beieinanderwohnend, als gerade in Lódz, dem großen Industriezentrum Kongress-Polens. — Von den mehr als 500 000 Einwohnern der Stadt und Umgegend spricht fast die Hälfte deutsch. — Die Deutschen gehören allen Gesellschaftsklassen an.

Wollen Sie erfolgreich inserieren?

Wenn Sie das wollen, benügen Sie unbedingt die im 23. Jahrgang erscheinende

„Neue Lódzer Zeitung“

die gegenwärtig unstrittig das gelesene und verbreiteste Blatt ist, als deutsche Zeitung wohl im ganzen Reiche.

- Probenummern auf Wunsch gratis. -

Die „Neue Lódzer Zeitung“ ist durch die nachweisliche Erfolge ein glänzendes Insertions-Organ. -

Redaktion und Geschäftsstelle: Lódz, Petrikauerstr. 15.

Postcheckkonto: Warszawa Nr. 61.932.

Holzverkauf.

Aus dem Jagen 2 der Gutsförst Bronikowo, pow. Smigiel, sollen am Donnerstag, dem 11. Dezember 1924, vorm. 9 Uhr, im Gasthause zu Bronikowo öffentlich, weitbietend gegen sofortige Barzahlung verkauft werden:

328 Stück Kiefer-Langnuzholz
I. — IV. Kl. mit 294,34 fm.

Bronikowo, den 2. Dezember 1924.
Die Forstverwaltung.



Grüne Weiden

kaufen jeden Posien
Poznański Przemysł Wiklinowy T. z o. p.
Nowy-Tomyśl. Tel. 85.

Unerreicht in Qualität und Geschmack ist der gute TAFEL-SENF

„PALMO“

mit dieser



Schutzmarke

Alleinige Fabrikanten-Firma

„PALERMO“ T. z o. p. Poznań,

Telephon 38-04. ul. Szewska 7. Telephon 38-04.



Kalkstickstoff

in bekannter Qualität, sowie

nach dem neuesten Verfahren gekörnt

mit der Hand und Sämaschinen aller Systeme streubar

gegen Akzept bis 1. Oktober 1925

liefern

Darius & Werner, Poznań
Plac Wolności 1.



Nur noch 14 Tage bis Weihnachten!



Jeder einsichtige Geschäftsinhaber wird die günstige Gelegenheit der

Anreitung von Geschenkartikeln

im weit verbreiteten

Posener Tageblatt

(verbunden mit Posener Warte)

für das bevorstehende Weihnachtsfest sicher nicht unbewußt vorübergehen lassen! Bekanntlich ist vor dem Fest ein großer Bedarf an Artikeln aller Art.

Die zahlreichen Leser unserer Zeitung heißen jede Anregung willkommen und kaufen erfahrungsgemäß dort, wo sie Geschenkartikel preiswert angezeigt finden. Säumen daher niemand, rechtzeitig vor dem Fest im Posener Tageblatt zu inserieren!

Die Geschäftsstelle.

älteste und größte Leb- und Pfefferkuchenfabrik in Polen
gegründet 1763

Fabrikate von vorzüglichem Wohlgeschmack: Schokolade Lebkuchen * Zwieback * Keks Dessert- und Makronengebäck *** Nudein ***

Vertreter für die Wojewodschaft Poznań:

K. HANDKIEWICZ

Poznań, ul. 27 Grudnia 2.
Telephon 2466.

Alte

Puppen-, Kinder- u. Sportwagen

werden wie neu.

Sattlerei Razer.

Poznań, ul. Szewska 11.

Drucksachen

— jeglicher Art —

für Behörden, Handel, Gewerbe, Industrie, Vereine und Private wie: Formulare, Briefumschläge, Mitteilungen, Geschäftsberichte, Rechnungen, Postkarten, Prospekte, Programme, Visitenkarten usw. in Ein- und Mehrfarbendruck liefern
::: prompt und preiswert :::

Posener Buchdruckerei

u. Verlagsanstalt T. A.

POZNAN, ul. Zwierzyniecka 6.

Volles, blühendes Aussehen

und schnelle Geschwindzunahme durch Kraftnahrpulver „Ple-nusan“. Bestes Stärkungsmittel für Blut Muskeln und Nerven. 1 Sch. 6 31, 3 Sch. 20 31. Ausschließlich Broschüre Nr. 6 zu encue.

Dr. Gebhard & Co., Danzig, Kass. Markt 1b.

Das Bittglöcklein

muss in diesem Jahre bei der anwachsenden Teuerung zum heiligen Advent besonders stark erklingen! Es ergeht wieder an meine lieben Freunde und Gönner der Anstalt und solche, die es werden wollen, der dringende Bittbrief kommt und holt den 80 verwässerten, blinden oder taubstummen Kindern und den 70 Alten im Altersheim; sie haben nichts als ihr nacktes Leben! Helfen Sie alle, den Bedauernswerten den Weihnachtstisch zu bereiten, damit auch sie einen Lichtschein der Freude zum Fest haben!

Jede freundliche Gabe wird mit dankbarem Herzen entgegengenommen.

Pfarrer Oswald Jost in Bleszew

Postleitzettel Poznań Nr. 201 327.

